

# Ratbrief

Kein Grund zur Arroganz:

Auch der Westen braucht Reformen.

Wenn der Kranke dreimal klingelt...

Pflegenotstand im Klinikum.

Waffenfreies neutrales Deutschland.

Was wäre wennn ...? Raus aus der Nato?

*Juso-Stadtverband*



Zur Diskussion:

Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft.

In den letzten Monaten überschlugen sich die Ereignisse: Der Stalinismus, die Planwirtschaft, Marxismus-Leninismus - der Ostblock schüttelt ideologische und wirtschaftliche Fesseln ab.

Viele konservative Kräfte nutzen diese Umwälzung dazu, die hiesigen Verhältnisse und vor allem unsere Wirtschaftsform als überlegen und besser darzustellen.

Dabei wird allzu oft übersehen, daß diese Beurteilung trügt: von 135 Ländern der Erde gelten 103 als Entwicklungsländer. Die meisten davon haben auch eine Marktwirtschaft, aber dort herrscht Hunger und Armut. Hohe Verschuldung und einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit führen dort zur Ausbeutung der natürlichen Rohstoffe. Um die Devisen zur Tilgung der Zins- und Schuldendienste aufzubringen und um moderne Technik einzuführen, werden in den Dritte-Welt-Ländern die Regenwälder, die Rohstoffreserven und landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu billigen Preisen an die Industrieländer verkauft.

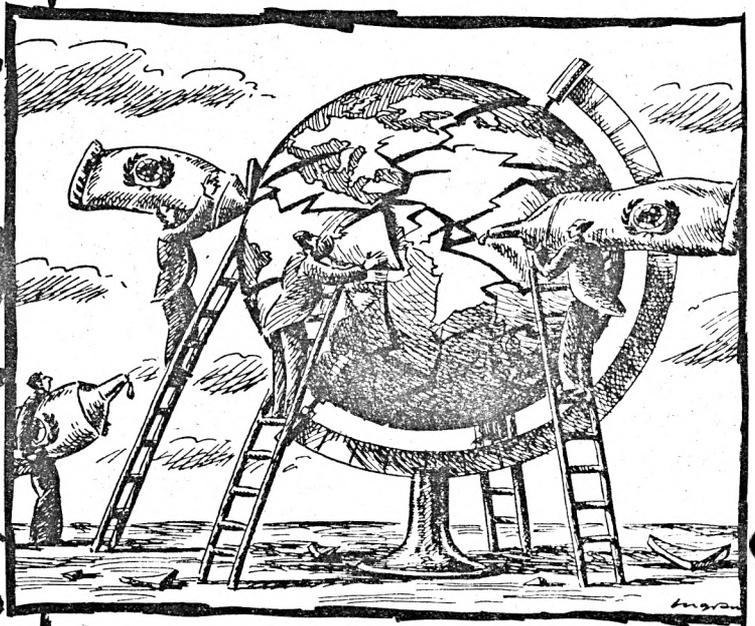
Die Unterentwicklung dieser Länder führt zu einem gigantischen Wachstum der Weltbevölkerung, da Kinder für arme Menschen die einzige soziale Absicherung für das Alter sind.

Der Wohlstand der Industrienationen gründet auf der Armut und der Ausbeutung der Umwelt in der Dritten-Welt.

Aber wir leisten doch Entwicklungshilfe! Dies ist einer der häufigsten Einwände gegen diese Behauptung. Das Wort Entwicklungshilfe ist wohl eines der trügerischsten Worte im Munde unserer Politiker. Tatsache ist: für jede Mark Bonner Entwicklungshilfe im Jahr 1984 sind 1, 81 DM an exportierende deutsche Unternehmen zurückgeflossen (Weltbank Jahresbericht)! Wir haben durch unsere "Entwicklungshilfe" also fast das doppelte eingenommen, als wir ausgegeben haben.

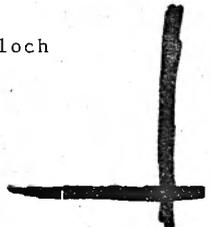
Lange kann es auf diese Art nicht mehr weitergehen: Die Umweltprobleme, die durch unsere Ausbeutung der Dritten-Welt entstehen, werden auch vor den Industrieländern nicht halt machen. Wer

# KEIN GRUND ZUR ARROR GANG.



den Ländern der Dritten Welt nicht die Chance zur Entwicklung gibt, der wird sie auch nicht zu mehr Umweltschutzbewegungen bewegen können und wird letztendlich selbst Leidtragender seiner rücksichtslosen Politik. Kurzum: Unser jetziges Wirtschaftssystem wird zu einem bevölkerungspolitischen und ökologischen Kollaps der Erde führen.

Treibhauseffekt, Trinkwasserverschmutzung, Waldsterben und Ozonloch sollten uns eine Mahnung sein. Doch wo bleiben bei uns die Reformen?



# Was wäre wenn.....?

Immernoch ist es schwierig die Situation im Osten zu überblicken. Kein Tag vergeht ohne neue Meldungen über irgendwelche Vorschläge, Reden oder Ereignisse in Ost und West.

Da spricht die EG munter über die Aufnahme der DDR und US-Präsident Bush macht ungeniert den (etwas unausgewogenen) Vorschlag, daß der Warschauer Pakt doch 370 000 Soldaten aus der DDR, Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien und Ungarn abziehen solle und die USA dafür im Gegenzug 65 000 Soldaten aus dem westlichen Teil Mitteleuropas (BRD und Niederlande) zurückziehen werde. Dabei hat der Osten ohnehin schon viel getan: Die Verkleinerung der Truppenstärke in der DDR und Rückzugsverhandlungen über die UDSSR-Truppen in allen europäischen Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts sind nur Beispiele.



Zwei Stellungnahmen hoben sich aber in der Diskussion der vergangenen Monate besonders ab: Zum einen der Vorschlag des DDR-Ministerpräsidenten Modrow und zum anderen die Reaktion des US-Botschafters in der BRD Walters auf diese Vorschläge.

Modrow schlug ein neutrales einiges Deutschland mit einem Friedensvertrag vor, daß er ähnlich wie Kohl in einem Stufenplan herstellen will.

US-Botschafter Walters sagte dazu, daß ein vereinigt Deutschland "nur im Rahmen der anhaltenden Verpflichtung Deutschlands gegenüber der Nato", der EG und unter der Berücksichtigung der Rechte und Pflichten der alliierten Mächte entstehen könne.

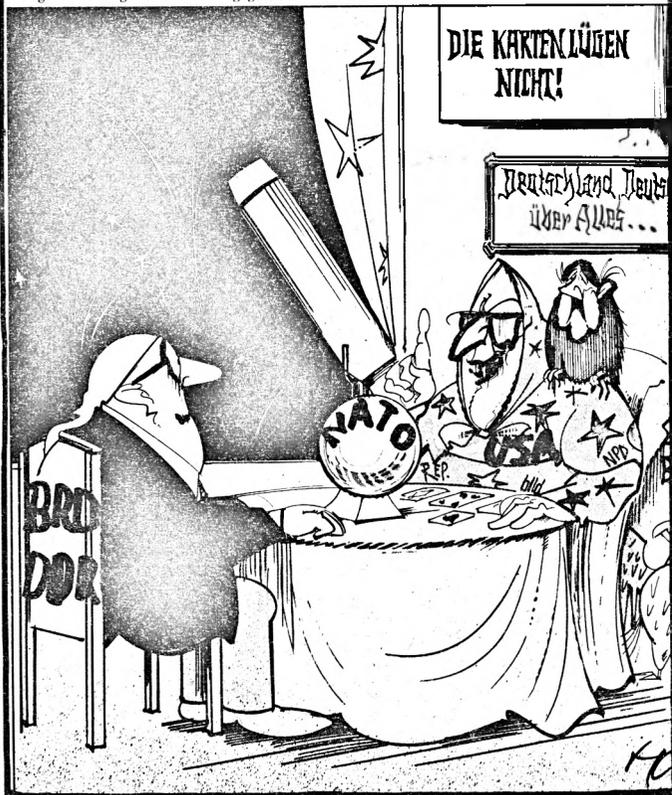
Solche Äußerungen des Botschafters und die scheinheiligen Abrüstungsvorschläge der USA, die nebenher fleißig weiter an SDI basteln, lassen vermuten, daß die USA die Prozesse in Osteuropa nur dazu verwenden will, um ihren Machtbereich im Osten auszudehnen.

Hierin besteht eine Gefahr für den gesamten Entspannungsprozeß, der eine solche "Rambo-Haltung" schwerlich auf Dauer verkraften wird. Wenn sich der US-Botschafter auf die "anhaltenden Verpflichtungen Deutschlands gegenüber der Nato" beruft, dann ist das ein Wink mit dem Zaunpfahl, der klar macht, daß die USA die BRD in diesem Bereich nicht als souverän betrachten und Deutschland-West nicht aus diesen Verpflichtungen entlassen wollen.

Die Vorstellung eines neutralen Deutschland in einer waffenfreien Zone zwischen den Großmächten hat aber durchaus ihren Reiz. Der im Grundgesetz verankerte Grundsatz, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen soll, wäre auf diese Art garantiert - und die Berechtigung zur deutschen Teilung würde entfallen. Ein neutrales Gesamtdeutschland würde

«Du gehst wieder großen Zeiten entgegen...»

ötv-magazin Zeichnung



zur Pufferzone zwischen den Großmächten und nicht mehr zur waffenstarreren Speerspitze zwischen Nato und Warschauer Pakt. Diese Diskussion sollte nicht einfach als unrealistisch abgetan werden. Sicherlich ginge eine solche Veränderung nicht von heute auf morgen, aber ein friedliches neutrales Gesamtdeutschland könnte auch für die westdeutsche Linke akzeptabel sein.



# THEMA:

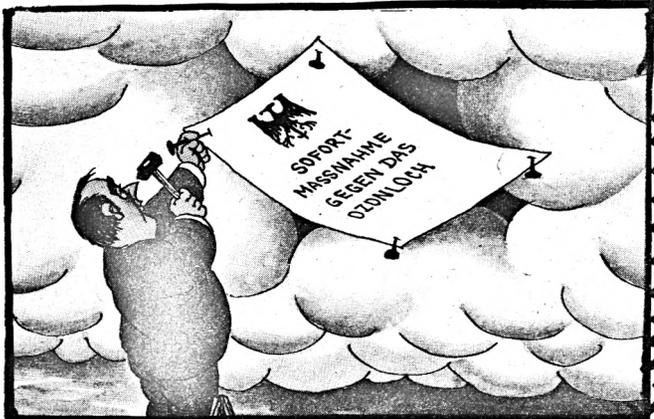
## Der Ökologische Umbau Der Industriegesellschaft

# DISKUSION

Trotz mittlerweile vielfältiger umweltpolitischer Aktivitäten ist eine voranschreitende Belastung des Ökosystems zu beobachten. Das Konzept der herrschenden, lediglich kurativen Umweltpolitik (Umweltschutzmaßnahmen werden als bloße "Reparaturmaßnahmen" angelegt) ist in Hinblick auf das Ziel der Verbesserung der Umweltqualität gescheitert und kann der sich abzeichnenden Bedrohung der Grundlagen des Wirtschaftens nicht Einhalt gebieten. Um die Basis einer "entwicklungsstabilen Langzeitökonomie" (R. Hickel) - also einer Ökonomie, die unverzichtbare Produktion und Arbeit sichert, ohne dadurch die (Wirtschafts- und) Lebensgrundlagen weiter zu belasten - (wieder)herzustellen, bedarf es einer auf die Ziele der ökologischen Vor- und Nachsorge ausgerichteten fundamentalen Umstrukturierung der Wirtschaft.

Die ökologische Krise fordert das bisherige System des Wirtschaftens heraus: Aus dem (im letzten Rotbrief dargelegten) Auseinanderfallen von einzelwirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Rationalität entstanden gesamtwirtschaftliche Kosten, die ja nichts anderes sind, als

früher externalisierte (nicht in die Bilanzen eingegangene) einzelwirtschaftliche Kosten. Diese - enorm steigenden - Kosten belasten zunehmend auch die Einzelwirtschaft. Darüber hinaus ist aktiver Umweltschutz mittelfristig erheblich "billiger" als (vorläufig) unterlassener Umweltschutz. Im allgemeinen geht man davon aus, daß jeder jetzt im Umweltschutz investierten Mark etwa 2,50 DM an Nutzen gegenüberstehen. Die das bestehende Wirtschaftssystem prägende, kurzfristig ausgerichtete einzelwirtschaftliche Gewinnrationalität erweist sich langfristig sowohl ökologisch als auch ökonomisch (bezogen auf die Gesamt- und - mittelbar - auch auf die Einzelwirtschaft) als nicht haltbar. Wenn diese Art des Wirtschaftens, die Umwelt als "freies Gut" betrachtet, nicht geändert, wenn nicht endlich ökologisch gegengesteuert wird, dann läuft das gesamte Wirtschaftssystem in eine "Wachstumsfalle": aufgrund hochkomplexer, synergetischer Schadensverursachungen nehmen die ökologischen Schäden stärker zu als das Bruttosozialprodukt, wodurch die Beanspruchung des Sozialprodukts für Umweltreparaturen und somit deren Finanzierungskosten steigen, während gleichzeitig das Ausmaß irreparabler Schäden zunimmt. Mit der ökologieindifferenten Produktion werden die natürlichen Voraussetzungen dieser Produktionsweise unterminiert. Auf die Betriebe kommen neben Kostenbelastungen (die bei fortgesetzter Verdrängung



der ökologischen Schäden zwar zunächst "vermieden" werden können, später aber umso höher sind) zunehmend auch Produktionsbehinderungen zu. Die Beseitigung und in zunehmendem Maße die Verhinderung von Schäden energisch anzugehen, ist auf Dauer sowohl gesamt- als auch einzelwirtschaftlich entwicklungsrationale. Einzelwirtschaftlich ist dazu jedoch ein neuer Gewinnbegriff nötig, der ökologische Schädigungen und Folgelasten im Investitionskalkül verankert, ökologische Kosten also nicht mehr externali-

# WENN DER KRANKE DREIMAL KLINGELT...

Es hat sich herumgesprochen: Pflegenotstand ist nicht auf zu viel "Kaffeetrinken" zurückzuführen (Mit dem Vorwurf des Kaffeetrinkens diffamierte Bundesgesundheitsministerin Lehr die Krankenschwestern/pfleger).

Zur Situation an unserem Klinikum: Um den Leser nicht zu langweilen soll nachfolgend kein dubioses Zahlenspiel veranstaltet werden, sondern die Problematik stellvertretend an einem Beispiel aufgezeigt werden.

Im Nachtdienst muß eine Pflegekraft (im Optimalfall von einer Springer-Kraft unterstützt) bis zu 40 PatientInnen betreuen können. Hier drängen sich einige Fragen förmlich auf:

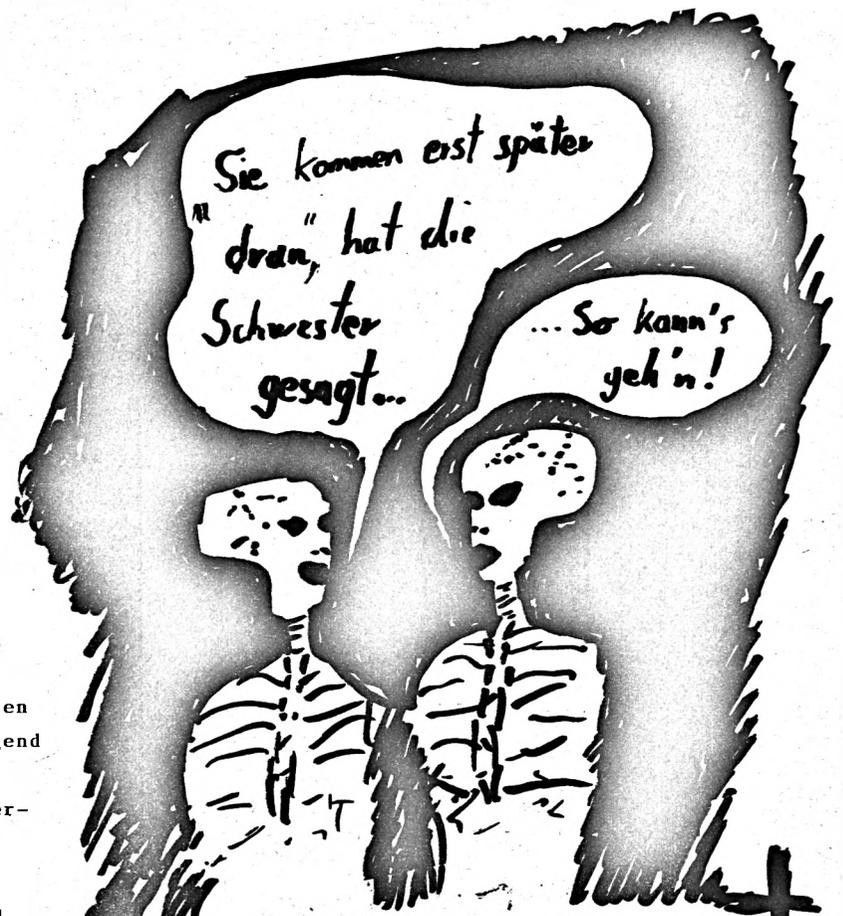
- Kann da fachgerecht gelagert werden, um zu vermeiden, daß PatientInnen durch zu langes Liegen Dekubitalgeschwüre bekommen?
- Kann da, was in aller zwingender Bescheidenheit so schön psychische Zuwendung genannt wird, praktiziert werden, damit es nicht nötig ist, Menschlichkeit durch Tabletten zu ersetzen?

In der Situation eines Notfalls soll diese eine Pflegekraft

- erste medizinische Hilfe leisten
- den diensthabenden Arzt verständigen
- evt. eine Verlegung auf die Intensivstation durchführen oder den Patienten in den OP fahren.

Was ist in dieser Zeit mit dem restlichen 39 Hilfsbedürftigen?

Wir sollten aufhören, die diagnostischen Möglichkeiten und baulichen Bedingungen lobzupreisen. Sie sind in der Tat eine enorme Verbesserung. Wir sollten uns daran machen, die Probleme zu lösen, die sich ob der schlechten Personalsituation und dem kostentreibenden Abrechnungssystem manifestieren. Wenn nicht bald etwas



passiert, wird insbesondere der Teufelskreis im Bezug auf den Personalmangel nicht durchbrochen werden können (wenig Personal - viel Stress - hoher Krankenstand - noch weniger Personal - noch mehr Stress - hohe Kündigungsrate - noch weniger Personal...)

Die letzten Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst waren in keinsten Weise geeignet, die Negativentwicklung zu stoppen, geschweige denn umzukehren. Hier ist auch von Trägerseite sinnvolles Handeln zu fordern, unabhängig der Tarifautonomie. Die Jusos Aschaffenburg brachten ihre Vorstellungen in einem Antrag an die SPD-Stadtratsfraktion ein (siehe Mainecho vom 04.01.90).

Es lassen sich inzwischen erfreuliche Tendenzen registrieren. Prof. Gabriel (ärztlicher Direktor des Klinikums) prangerte die fatale Idiotie an, Stellen für den Pflegedienst aufgrund der Anhaltzahlen von 1969/74 zu berechnen (M.E.12.1) Diese antiquierten Anhaltzahlen waren ein Anlaß für uns eine Anpassung des Stellenschlüssels an den tatsächlichen Personalbedarf zu fordern.

Auch unsere Vorstellung, eine Kinderbetreuungsstätte für Krankenschwestern-

und -pfleger mit Kindern einzurichten, damit Familie und Beruf vereint werden können, wird diskutiert.

Aber unter Weiterbildung kann nicht ausschließlich nur die leider immer noch berufsbegleitende, Fortbildung zur Fachkrankenschwester/-pfleger für Intensivmedizin oder OP-Bereich verstanden werden. Deshalb lautet die Forderung der Jusos auch, eine kontinuierliche Fortbildung für alle MitarbeiterInnen zu gewährleisten. Daß dieses kein Privatvergnügen der Arbeitenden ist, sollte sich von selbst verstehen

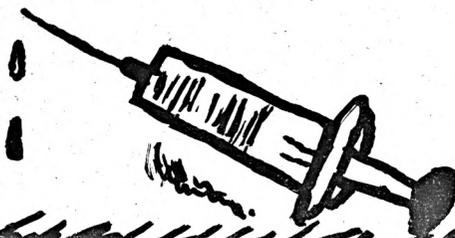
Es fragt sich auch, warum keine flexiblen Festanstellungsverträge angeboten werden, z.B. 20%, 30% ... der Normalarbeitszeit. Es ließen sich wohl einige qualifizierte KollegInnen gewinnen.

Nun, Faktum ist: Schon mit dem unzulänglichen Stellenschlüssel sind Stellen vakant. Daß der Pflegenotstand nur selten von PatientInnen wahrgenommen wird ist einzig und allein den MitarbeiterInnen anzurechnen, die einen Berg von Überstunden vor sich herschieben müssen.

Ein humanes Krankenhaus darf aber nicht nur funktionieren, es muß eine möglichst optimale Betreuung sicherstellen.

Dieses ist mit 4-wöchig ausgebildeten sog. Schwesternhilfen natürlich nicht möglich. Insgesamt konnte die Problematik nur angerissen werden. Der gesundheitspolitische Arbeitskreis der Jusos beschäftigt sich aber weiterhin mit der Gesundheitspolitik in ihrer Gesamtheit und freut sich über jede/n Mitarbeiter/in Und nimmt auch gerne Anregungen und Beschwerden entgegen.

Kontakt: R. Sabinski; Tel: 0931/284204 o. 06021/88265.



siert, sondern internalisiert. Gesamtwirtschaftlich ist es dringend erforderlich, ein "Net-Welfare-Konzept" zu entwickeln, das die ökologischen Schäden und die darauf bezogenen "defensiven Kosten" zu deren Reparatur berücksichtigt, denn das bisherige Konzept der Sozialproduktberechnung, das nicht nur ökologische Schadensfolgen verdeckt, sondern offensichtlich zu Bewertungsparadoxien führt, ist nicht in der Lage, die notwendigen Signale zu setzen (Reparaturleistungen, die keinerlei Wohlstandseffekte haben, gehen positiv in die BSP-Berechnung mit ein; der Anteil solcher irrtümlicherweise positiv in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bewerteten ökologischen und sozialen Kosten beträgt heute etwa 10-12 % des BSP).

Ach, wie viele gemütliche Stunden verdanken wir dem Verkehrskonzept der Bundesregierung!



Mikro- und makroökonomische Ökobilanzen sind die informationelle Voraussetzung ökologieverträglichen Wirtschaftens. Das Ziel des ökologischen Umbaus muß eine klare Gewichtsverlagerung von der bisherigen schadensnahen, aber ursachenfernen, also bloß nach-sorgenden, kurativen Umweltpolitik hin zu einer präventiven, ursachennahen, wirklich vor-sorgenden Umweltpolitik sein. Die Umweltprobleme müssen zwar "bewältigt" werden (dies sollte aber tendenziell nur noch bei bereits akkumulierten Umweltschäden, insbes. Altlasten, geschehen), sie sollten aber vor allem durch eine präventive Umweltpolitik vermieden werden - zumal dies (wie erwähnt) effektiver und kostengünstiger ist.

Der Vergleich mit zahnmedizinischer Prophylaxe drängt sich hier geradezu auf.

Eine nachsorgende Umweltpolitik (vereinfacht: Entsorgung, Reparatur und Kompensation nicht verhinderter Umweltschäden) ist bei den Altlasten unumgänglich und in einer Übergangsphase wird auch der Einsatz von Abfang- und Rückhalte-technologien in verschiedenen Bereichen der Emissionsbeschränkung unvermeidbar sein.

Schwerpunkt zukünftiger Umweltpolitik muß aber zunehmend die Vorsorge sein, die sich auf einen ökologischen Umbau konzentrieren muß, der soweit nur irgend möglich die Verursachung von Umweltschäden auf Dauer zu verhindern hat - und zwar sowohl im Prozeß der privatwirtschaftlichen und öffentlichen Produktion als auch der Konsumtion. Eine solche vorausschauende Umweltpolitik bezieht sich auf drei Ebenen der bisherigen Beanspruchung der natürlichen Umwelt (und Belastung des Menschen) durch Produktion und Konsumtion.

1. Die Erde liefert erschöpfbare Ressourcen, die allmählich zur Neige gehen. Beim Produktionsinput, aber vor allem auch in der Energieversorgung der privaten Haushalte muß die Zurückdrängung von deren Nutzung (etwa durch Einsatz energieeinsparender Technologien) sowie deren Substitution durch regenerative und risikolose Ressourcen durchgesetzt werden.

2. Bei der Beanspruchung der Umweltmedien Luft, Boden und Wasser durch Schadstoffe ist eine radikale, d.h. an die Wurzeln gehende Therapie erforderlich. Die Umwelt wurde bisher als "Abnehmer" der bei der Produktion und Konsumtion entstandenen Abfälle genutzt. Zu deren Beseitigung bedarf es der intensivierten Entwicklung und des Einsatzes ökologischer Prozeßinnovationen in der Produktion und technologisch hoch-

wertiger, ökologisch effizienter Endprodukte im Bereich des Konsums sowie einer ökologischen Infrastrukturpolitik der Gebietskörperschaften. Mit dem wachsenden Bedarf an schadensvermeidenden Umwelttechnologien entwickelt sich notwendigerweise die Umweltschutzindustrie, die zum Leitsektor im ökologisch-ökonomischen Umbaukonzept werden muß.

3. Die Qualität der Produkte stellt die dritte Belastungsquelle der Umwelt und der Menschen dar. Die Produkte müssen in Zukunft ökologisch-gesundheitlichen Kriterien entsprechen.

Eine Umstrukturierung in diesen drei Schwerpunktbereichen ist bisher kaum auch nur ansatzweise gelungen (was natürlich angesichts des fehlenden politischen Willens der Regierung auch nicht weiter verwunderlich ist). Die Frage ist nun, ob eine SPD-geführte (rot-grüne) Regierung entscheidendes zu einem ökologischen Umbau leisten bzw. zumindest Ansätze in die richtige Richtung in konkrete Politik umsetzen könnte. Im umweltpolitischen Teil des

Fortschritt'90-Konzepts scheint zumindest die Notwendigkeit eines weit über die bisher überwiegend auf Ordnungspolitik beschränkte Interventionsstrategie hinausgehenden Maßnahmenbündels erkannt worden zu sein (Stichworte: öko-Steuern und -Abgaben, Weiterentwicklung des Umwelthaftungsrechts sowie des Umweltstrafrechts, Tempolimit, Novelle des Chemikaliengesetzes, grundlegende Reform des Bundesnaturschutzgesetzes, Staatszielbestimmung Umweltschutz im Grundgesetz, Gebote und Verbote usw.). Es wird eine der Aufgaben der JUSO's sein, einerseits die Umweltpolitik einer möglichen SPD-geführten Regierung, aber vor allem auch die der bestehenden SPD-Länderregierungen an der Durchsetzung dieser "Eckpunkte" zu messen, andererseits aber beharrlich darauf zu drängen, daß man hier nicht stehen bleibt, sondern weiter an der Verbesserung dieses Programms arbeitet. Die Kommission selbst will die Maßnahmen ausdrücklich als Einleitung des ökologischen Umbaus verstanden wissen. Wenn die SPD Gefahr läuft, d zu vergessen, sollten wir JUSO's sie daran erinnern.



## Keine US-Truppen in Aschaffenburg

Den Abzug der US-Truppen aus Aschaffenburg forderte der Juso-Unterbezirk Aschaffenburg auf seiner Jahreshauptversammlung. Auf dem freiwerdenden Gelände sollen Sozialwohnungen gebaut und umweltfreundliche Industrien angesiedelt werden. Außerdem solle geprüft werden, ob auf einem Teil des Truppenübungsplatzes die Möglichkeit bestehe eine Restmülldeponie zu errichten. So könnte eine Verbrennungsanlage endgültig überflüssig werden. Vermeidung und Verwertung ist der einzig sinnvolle Ansatz für ein Müllkonzept.

### Impressum:

HerausgeberIn: Jusos in der SPD; Stadtverband Aschaffenburg. V.i.S.d.P.: Matthias Röder; Luitpoldstr. 4 b; Aschaffenburg. Redaktion: Susanne, Joachim, Rainer, Matthias. Druck: Asta Druckerei Darmstadt. Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder, sie können es aber.